

### **Agrarpaket ist Chance zum „Lieferrn“**

**Jetzt muss der Bundestag die Dinge schnell beschließen**

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) begrüßt, dass das Bundeskabinett heute endlich die Gesetzentwürfe für ein Tierwohlkennzeichen, für eine Umschichtung von EU-Direktzahlungen und für Maßnahmen zum Insektenschutz an den Bundestag übergibt.

Der AbL-Vorsitzende Martin Schulz kommentiert: „Das staatliche Tierwohl-Kennzeichnung für Fleisch und Milch muss jetzt schnell kommen und mit aussagekräftigen Kriterien für Klarheit und Orientierung im Markt sorgen. Es ist gut, dass immer mehr Unternehmen und Handelsunternehmen besondere Tierwohl-Marken auflegen und damit eine qualitätsbezogene Marktdifferenzierung vorantreiben. Aber die Verbraucher am Kühlregal brauchen eine staatliche Einordnung, um das Tierwohl-Niveau vergleichen zu können. Und wir Bauern brauchen diese Einordnung, damit wir zu vergleichbaren Anforderungen bei den verschiedenen Abnehmern kommen, um nicht von einem abhängig zu werden“, so Schulz. „Klar ist aber auch, dass eine Kennzeichnung allein nicht ausreicht, um in der Tierhaltung insgesamt ein gesellschaftlich akzeptiertes Tierwohl-Niveau umzusetzen. Das kostet Milliarden, für die bisher noch keine Finanzierung auf dem Tisch liegt“, mahnt Schulz.

Begrüßt wird von der AbL, dass die Bundesregierung nun auch für das Jahr 2020 eine Umschichtung von Direktzahlungen vorsieht. „Es ist richtig, dass auch 2020 mindestens ein kleiner Teil der pauschalen Flächenzahlungen genutzt wird, um damit zielgerichtete Fördermaßnahmen der Bundesländer für Umwelt-, Klima- und Tierwohl-Leistungen der Bäuerinnen und Bauern zu finanzieren. Dass das nur 6 % sein sollen, ist bescheiden. Denn die Flächenbewirtschaftung und die Nutztierhaltung stehen unter einem hohen Veränderungsdruck, bei dem sie mit einer zielgerichteten Förderung unterstützt werden müssen. Das heute beschlossene Umschichten kann daher nur ein erster Schritt sein. Die laufende Reform der EU-Agrarpolitik muss ehrgeizig und zielorientiert angegangen werden, um in Zukunft mit allen EU-Agrargeldern gesellschaftlich gewünschte Leistungen der Betriebe differenziert zu honorieren“, so Schulz.

Die AbL unterstützt das Vorhaben, die Glyphosat-Zulassung zu beenden, fordert aber ein früheres generelles Ende der Zulassung. „Dazu sind umfassendere Änderungen im Ackerbau notwendig. Es ist daher wichtig, dass die Bundesregierung sich schnell auf eine entsprechend anspruchsvolle Ackerbaustrategie einigt. Und die Beratungseinrichtungen der Länder müssen den Glyphosat-Ausstieg mit einer intensiven Beratung der Betriebe über die ackerbaulichen Alternativen aktiv begleiten“, fordert der AbL-Vorsitzende Schulz.

„Bäuerinnen und Bauern sind bereit, die Herausforderungen anzupacken. Aber sie dürfen mit den notwendigen Veränderungen nicht alleine gelassen werden. Sie brauchen wirtschaftlich tragfähige Perspektiven. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, so Schulz.